

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 127

SONNTAG, 17. Nov. 1935

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Generaldirektorenprozeß

Generalleutnant Milch

Karl Barth klagt das System an

Ley im Ausland

Die Kriegsziele der Hitlerdiktatur

Propagandistische Vorbereitung eines Kolonialabenteuers

Der Reichsfinanzminister von Krosigk hat kürzlich in Frankfurt eine Rede über nationalsozialistische Finanzpolitik gehalten, in der er, wie die »Frankfurter Zeitung« sagt, mit »wahrer Leidenschaft seiner Hingabe und seinem Glauben an das Werk Adolf Hitlers beredten Ausdruck« verlieh. So war denn in dieser Rede auch viel nationalsozialistische Phraseologie, Schönfärberei und Täuschung, aber von Finanzpolitik war fast keine Rede. Denn wenn auch der brave Handlanger, der noch jedem an der Macht befindlichen System in gleicher deutscher Treue gedient hat, die »Wiederhaftbarmachung« als Ziel seiner gleichgeschalteten Finanzpolitik proklamiert hat, so hat er sich über die Mittel vorsichtig ausgeschwiegen. Kein Wort hat er über die Kosten der Rüstungen gesagt. Und doch wäre es so nahe gelegen, auf die sehr bestimmte und mehrmals wiederholte Behauptung des früheren englischen Marineministers und sehr einflussreichen konservativen Führers Winston Churchill einzugehen, der die deutschen Rüstungsausgaben des letzten Jahres auf 800 Millionen Pfund, rund 10 Milliarden Mark angegeben hat. Churchill spricht nicht aus dem hohlen Faß und seine Angaben beruhen sicherlich auf Mitteilungen der sehr gut unterrichteten englischen Regierungskreise. Aber darüber sagt Krosigk kein Wort; kein Wort auch über die bisherigen Kosten der Aufrüstung, des wirklichen Betrages der schwebenden Schulden und der umlaufenden Rüstungswchsel, die in englischen, aber auch in deutschen unterrichteten Kreisen auf über 18 Milliarden Mark beziffert werden, kein Wort also über die wirkliche Lage des Reichsetats. Es bleibt bei der betrügerischen Bilanzverschleierung und bei einem verlegenen Gestammel über die »rücksichtslose Konzentrierung aller übrigen Ausgaben im Etat« und der Reservierung des Kapitalmarkts für die staatlichen Konsolidierungsbedürfnisse. Schließlich wird noch das Lied von den notwendigen Opfern angestimmt, die die »Unterdrückung mancher Lieblingswünsche auf dem Gebiete der Steuern und der Ausgabengestaltung« erfordern und das Geschimpfe auf »die alten Weiber beiderlei Geschlechts«, die nach genügender Versorgung mit Fleisch, Butter und Fett verlangen...

So leer und nichtssagend die ganze Rede ist, eine Stelle ist interessant und bedeutsam. Freilich handelte es sich dabei nicht um die Finanzen, sondern um das Ziel der deutschen Kriegspolitik.

Wir haben schon einmal auf die Rede aufmerksam gemacht, die der bayrische Reichsstatthalter General von Epp am 30. September auf einer großen Kolonialkundgebung in Düsseldorf gehalten hat. Epp erklärte damals im scharfen Gegensatz zu Rosenberg und zu Hitlers Ausführung in »Mein Kampf«, den, wie er sich despektierlich ausdrückte, zeitweilig aufgetauchten Gedanken einer Ausdehnung nach Osten aus mehreren Gründen für unmöglich. Zunächst wohnten im Osten andere Völker, die man nicht verdrängen dürfe, und zweitens müsse man berücksichtigen, daß uns eine Ost-Ausdehnung das Wichtigste, die kolonialen Rohprodukte, nicht geben könne.

Der Gedanke einer Ausdehnung nach dem Osten sei überwunden. Die Sachverständigen seien

heute der Überzeugung, daß Deutschland tropische und subtropische Kolonien benötige.

War es schon auffällig, daß diese sensationelle Absege an das bisherige Ziel der Hitlerschen Außenpolitik — Krieg gegen Rußland, Eroberung der Ukraine im Bunde mit Polen, Aufrichtung einer Schutzherrschaft über die Randstaaten — in der deutschen Presse kaum ein Echo auslöst, so ist es viel bemerkenswerter, daß Göbbels und Hitler selbst als Hilfe gegen den Rohstoffmangel und die Lebensmittelknappheit auf dem Erntedankfest in Bückeburg ihrerseits die Kolonialforderungen anmeldeten.

Jetzt folgt der Reichsfinanzminister ihrem Beispiel. Bei der Erörterung der Lebensmittelknappheit, die natürlich gar nichts mit Kolonialpolitik, aber sehr viel mit der unsinnigen Agrarpolitik des Darré zu tun hat, sagte Krosigk:

»Wenn es uns nicht gelingt, zu einer Hebung des Exports zu kommen, so bleiben uns nur zwei Wege: 1. die Schaffung eigener Produktion, die freilich nicht auf allen Gebieten möglich ist; 2. müssen wir dann auch einmal verlangen, an Gebieten beteiligt zu werden, aus denen wir selbst Rohstoffe beziehen können. Erscheinungen von Mangel können uns nicht dazu verführen, zu verzweifeln, sondern unsere Stimme dafür zu erheben, was uns von Gottes und Rechts wegen zu-

steht, und uns allein helfen kann, solchen Mangel endgültig zu beseitigen.«

Die Not, die die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik über das deutsche Volk heraufgeführt hat, kann also nur beseitigt werden, durch den Erwerb von Kolonien. Dazu muß Deutschland stark sein, die Kriegsrüstung muß also mit aller Kraft weitergetrieben werden. Das allein kann helfen, sagt Krosigk. An der Not ist nicht der Nationalsozialismus schuld, sondern das feindliche Ausland, das uns die Kolonien vorenthält, die uns von Gottes — der Krosigk ist sehr fromm — und Rechts (des Stärkeren) wegen zusteht. Die Frauen, die vor den Läden Schlange stehen, die Männer, die nach den Lohnherabsetzungen und der wahnwitzigen Antreiber der Unterernährung verfallen, sollen von den Verbrechen der Diktatur abgelenkt, ihre Hoffnung auf den künftigen Eroberungskrieg hingelenkt werden. Dieser Krieg dient beileibe nicht den imperialistischen Zielen des Groß- und Rüstungskapitals, nicht dem Prestigebedürfnis der Diktatur, es ist vielmehr der von Gott auferlegte Volkskrieg zur Beseitigung der Not und des Elends. Nach drei Jahren ist Hitler, so weit, wozu Mussolini fast 15 Jahre gebraucht hat. Nur daß es sich in der deutschen Situation nicht nur um ein abessinisches Abenteuer handeln würde!

Dr. Richard Kern.

Das System und die Sanktionen

Die Außenpolitik des braunen Systems liegt auf der Lauer. Sie beobachtet den Konflikt zwischen Italien und dem Völkerbund wie die Diskussion zwischen der englischen und der französischen Politik. Sie sucht Spalten, in die sie eindringen kann, um sie zu erweitern — immer mit dem Ziel, ein festes System der kollektiven Sicherheit zu sabotieren.

Diese allgemeine Absicht bestimmt die Haltung des braunen Systems zu den vom Völkerbund gegen Italien verhängten Sanktionen. Sie ist widerspruchsvoll und zweideutig: gegenüber England und dem Völkerbund spiegelt sie Zurückhaltung und Loyalität vor, gegenüber Italien mit Augenzwinkern Gemeinsamkeit der Gesinnung und Haltung gegen den Völkerbund. Das System hat durch den Konsul in Genf Erklärungen abgegeben lassen, deren ganz klarer Inhalt unmittelbar darauf wieder dementiert wurde, nachdem der italienische Botschafter eine zweistündige Unterredung im Auswärtigen Amt in Berlin geführt hatte. Verdächtig ist die Haltung der italienischen Presse, die in den stärksten

Tönen die Loyalität der deutschen Politik lobt.

In dieser verdächtigen, zweifelhaften Haltung enthüllen sich die wahren Absichten des braunen Systems. Sie sind völlig verschieden von den Zielen, denen die Völkerbundsmächte zustreben, vor allem von dem Ziel der Erhaltung des Friedens. Es ist der Geist der Zerklüftung, des Gegeneinanderauspielsens der Völker, des Teile und Herrsche, der aus dieser Politik spricht. Der Völkerbund hat das faschistische Italien als offenen Friedensbrecher verurteilt. Der gefährlichere Friedensbrecher, heimtückisch und hinterlistig, ist das braune System.

Seine Flagge

Der Musterzeichner des Dritten Reiches hat neue Flaggen für das System entworfen, die kürzlich vorgeführt worden sind. Die Fachkritik hat die Leistung mit kaum genügend gewertet.

Unter diesen Flaggen ist eine, die nicht seiner eigenen Werkstatt entstammt, sondern dem eigenen Geschmack des Kunden — die Standarte seiner Exzellenz des Herrn preußischen Ministerpräsidenten und Luftfahrtministers. Sie weist eine reiche Sammlung von Symbolen auf. Quer über das Tuch geben ein paar gekreuzte Hosensträger mit Hakenkreuzdessin in den Ecken. In der Mitte schlagen das Fliegerabzeichen und der Preußenadler einander tot — und siehe da, dem Preußenadler hängt der Pour le Mérite zum Hintern heraus. Das ganze unigibt — offenbar auf Vorschau genommen — ein Lorbeerkränz.

Wir können noch andere interessante Einzelheiten übersehen haben. Eine ist bestimmt nicht dabei: die Reichstagskuppel.

Mühdner Novembertheater

Hitlerputsch als Heldenstück. — Es sind noch Karten zu haben.

»Und jetzt, jetzt geht der Führer ganz allein über den weiten, weißen Platz, und jetzt steht er gesenkten Hauptes bei seinen Toten.«

Der Rundfunk dröhnt über alle deutschen Sender. Es ist wieder einmal eine jener »Weihestunden« der deutschen Nation« ausgebrochen, für die das Prädikat »ganz groß« oder »unvergesslich« vom Propagandaministerium vorgeschrieben ist.

Die nationalsozialistische Konterrevolution feiert ihren 9. November. Sie feiert ihn, wie es sich gehört, in ihrem Stil mit allen Mitteln einer kitschigen Regie, mit geheuchelter Sentimentalität und großmüßiger Verlogenheit.

»Theodor von der Pfordten!« »Hier!« »Max von Scheubner-Richter!« »Hier!« Adolf Wagner ruft die Toten des Bierkellerputsches auf. Diese Toten — welches Köpfchen hat das ausgedacht? — sind mittlerweile in der Seele der HJ wieder auferstanden und antworten durch ihren Mund mit einem kräftigen »Hier!« Ist das echte Weihestimmung, aufrichtige Ergriffenheit? Nein, das ist blöder Kientopp und weiter nichts! Die Nazi spielen mit den Knochen ihrer Kameraden Theater.

»Ernst Röhm!« »Edmund Heines!« »Gregor Strasser!« Wer ruft ihre Namen? Wer antwortet für sie? Waren sie nicht auch stets dabei und immer vornean? Wo sind sie? Wo befinden sich ihre Ehrengräber? Ach, sie sind von den guten Kameraden erschossen, erschlagen, zu Tode getrampelt worden, sie sind jetzt irgendwo verscharrt oder verbrannt. Ihr Leben endete an jenem Tage, an dem auch ihr Gegenspieler, der 73jährige Herr von Kahr von Mörderhand fiel.

Die nationalsozialistische Konterrevolution kann ihre Geschichte nur fernern, indem sie sie fälscht. Der 9. November 1923 war kein Heldentag, er war der Tag des dümmsten und feigsten Putsches, den die Geschichte kennt. Er beginnt mit dem Bruch eines Ehrenwortes und endet mit einer kopflosen Flucht.

Was liegt dazwischen? Bewaffneter Ueberfall auf eine Versammlung von Mitverschworenen und Bundesgenossen, Volksgemeinschaftsschwüre, die mit dem Revolver in der Faust abgepreßt worden sind. Einigkeitstheater vor einem betrogenen Publikum. Als Begleiterscheinung antisemitische Pöbelexzesse in der ganzen Stadt München, Mißhandlung von Marxisten und Juden. Ueberfall auf die »Münchener Post«, Zerstörung ihrer gesamten Einrichtung. Nur die großen Rotationsmaschinen werden gerettet, weil man sie unversehr für den »Völkischen Beobachter« stehen will. Inzwischen fährt Rudolf Heß die gefangenen Minister Schweyer und Wuzelhofer in den Wäldern spazieren, bedroht sie mit Erschießen und weidet sich an ihrer Todesangst.

Am Tage darauf erklärt die Kahrregierung alle ihr abgepreßten Erklärungen für null und nichtig. Die Reichswehr steht geschlossen gegen Hitler zu Kahr. Sie hat zwar ein bißchen ihren Eid gebrochen, indem sie von der schwarzrotgoldenen zur weißblauen Fahne überließ — später wird sie der schwarzweißroten Fahne und zuletzt dem Hakenkreuz Treue bis in den Tod schwören — aber gegen den verrück-

Die „fluchwürdig gewordene Tyrannei“

Professor Karl Barth stüpt die theologischen Oppositionsschwächlinge

Professor Dr. Karl Barth, der ehemalige berühmte evangelische Theologe und Dogmatiker an der Bonner Universität, die große und fast einzige Hoffnung aller jungen geistigen Kräfte in der lutherischen und kalvinistischen Glaubenswelt, die immer noch an die Möglichkeit einer »restauratio in Christo« des evangelischen Kirchentums im historischen Lande der Reformation glauben, von einem Berliner Disziplinargericht wegen Verweigerung der Eidesleistung auf Hitler in seiner Eigenschaft als Verkünder und Interpretator des Evangeliums verurteilt, vom braunen Kultusminister Rust dann schimpflich seines Amtes enthoben und vor einem halben Jahr nach seinem Schweizer Vaterland zurück»emigriert«, hat kürzlich an einen seiner Freunde in Deutschland einen Brief gerichtet, den die katholisch redigierte Kattowitzer Wochenschrift »Der Deutsche in Polen« in ihrer letzten Ausgabe abdruckt.

Der Brief Barths enthält nicht nur die furchtbarste Anklage gegen die Unmenschlichkeit und Unsittlichkeit des regierenden Systems in Deutschland selbst — aufpeitschend genug aus solchem Munde! — sondern erhebt sich darüber hinaus auch zu einer Abrechnung mit dem Geist der amoralischen Knechtseligkeit und Christus lästernden Unrechtsduldung und Verbrechenvergötzung, die nicht zuletzt auch in der besonderen Haltung der sogenannten »Kirchenopposition« innerhalb des in zwei Lager gespaltenen deutschen Protestantismus im Dritten Reich ihren Ausdruck findet. Daß Barth dieser »Opposition« — der sogenannten »Bekenntniskirche« im Gegensatz zu der nur noch eine einzige Hitlerkaserne darstellenden »Reichskirche« des hakenkreuzlerischen »Reichsbischofs« — anfänglich als Rufer im Streit angehört hatte, verstärkt nur das Unabweisbare dieser seiner Anklage.

Im einzelnen enthält Barths Brief folgendes: Der Schweizer Gelehrte erinnert zunächst in seinem Schreiben daran, daß die »oppositionelle« Bekenntniskirche nicht, wie er es gewissermaßen als ihr Begründer erwarten dürfte, durch eine Berufung an eine ihm gebührende Wirkungsstätte auf seinem Verbleiben in Deutschland bestanden habe. Die führenden Männer der Bekenntniskirche hätten ihm weder das genügende Vertrauen noch die hinreichende Entschlossenheit entgegengebracht. Der führende Bekenntnispfarrer in Bonn habe es nach seiner (Barths) Suspension sogar flugs für richtig gehalten, ihm die eigene Kanzel zu verweigern, obwohl er, Karl Barth, dort in Bonn sogar Mitglied des Presbyteriums gewesen sei. Man habe ihn nach seinem politischen Denken auszusperieren begonnen, obschon das mit den theologischen Dingen nicht das geringste zu tun habe; habe ihm seine politische Auffassung »ohne jeden bekenntnismäßigen Grund« als Belastung ausgelegt — alles in allem: man habe es für richtig gehalten, sich dem »Staatsfeind« Barth gegenüber (wörtlich): »vorsichtig abzugrenzen, zu distanzieren, sich freizuhalten und sich selbst zu schützen«...

Das Dokumentarische des Barth-Briefes ist aber in dem folgenden Abschnitt des Schreibens niedergelegt:

»Meine Gedanken über das gegenwärtige Regierungssystem in Deutschland, die von Anfang an ablehnend waren, in denen ich mir aber anfangs, wie meine Veröffentlichungen zeigen, immerhin eine gewisse Zurückhaltung auferlegen konnte, haben sich mit der Zeit und im Laufe der Ereignisse so zugespitzt, daß meine weitere Existenz in Deutschland, da die Bekenntniskirche mich bei diesen Gedanken im Ganzen nicht tragen kann, sozusagen physisch unmöglich geworden ist. Ich zweifle nicht daran, daß unzählige ihrer Glieder im Stillen genau so denken, wie ich und ich bin überzeugt, daß auch die Bekenntniskirche als solche über kurz oder lang vor der Frage stehen wird, ob sie nicht vom Bekenntnis her genau so denken und dann auch entsprechend reden und handeln müsse. Im gegenwärtigen Augenblick aber steht die Bekenntniskirche

als solche, wie gerade Augsburg gezeigt hat, nicht dort. Sie denkt noch gar nicht daran, daß sie »ein Wort an die Obrigkeit« richtend, auch noch etwas anderes anzusprechen haben könnte, als die mit der Beteuerung ihrer politischen Zuverlässigkeit begründete »inständige Bitte« um die Erhaltung ihres durch die Reichs-

regierung garantierten Bestandes und sie denkt auch noch nicht daran, daß ihr Gebet um die von Gott gesetzte Obrigkeit seine Echtheit darin erweisen müßte,

daß es, wo sie die Lüge und das Unrecht zum Prinzip erhoben sieht, eines Tages auch zu dem in den Psalmen vorgesehenen

Gebet um die Befreiung von einer fluchwürdig gewordenen Tyrannei werden könnte. Sie hat für Millionen von unrecht Leidenden noch kein Herz. Sie hat zu den einfachsten Fragen der öffentlichen Tätigkeit noch kein Wort gefunden. Sie redet noch immer nur in ihrer eigenen Sache. Sie hält noch immer die Fiktion aufrecht, als ob sie es in ihrem heutigen Staat mit einem Rechtsstaat im Sinne von Röm. 13 zu tun habe. Und es ist heute weniger als je zu erwarten, daß sich darin so bald etwas ändern wird. Es wird mir eine peinliche Erinnerung an die letzten zwei Jahre sein und bleiben, daß ich selber nicht kräftiger in der hier gebotenen Richtung vorgestoßen habe. Vielleicht stand es mir als Schweizer auch nicht an, dies zu tun. Jedenfalls könnte ich jetzt nicht mehr länger dabei mittun, zu »schweigen, wo geredet werden sollte, zu reden, wo Schweigen die allein würdige Rede wäre...«

Der Mann, der dieses grimme »accuse« hinausschleudert, ist ein ganzer Deutscher aus jenem besseren Teil der Volks- und Kulturgemeinschaft der Deutschen, der sich in der freien Schweiz die sittliche und politische Kraft seiner Väter erhalten hat, und zugleich ein Christ, dem der Nazarener und seine Botschaft noch etwas gilt und nicht die Pfründe, die Pensionsberechtigung, der hierarchische »Belange«. Ist das alles aber nicht auch die erschütternde Abrechnung mit dem Geist der protestantischen Kirche in Deutschland, wie sie nun einmal in Deutschland historische Gestalt angenommen hat?

Es ist die Tragik des deutschen Protestantismus gewesen, Jahrhunderte lang seit seiner Entstehung Fürstenangelegenheit gewesen zu sein, wie es die besondere Tragödie des deutschen Volkes in derselben Zeit gewesen ist, im Voll- oder Halbabsolutismus seiner politischen Zustände dahinvegetieren zu müssen und bei dem florierenden Geschäft im Wilhelminismus verlernt zu haben, noch an große und ewige politische Ideale zu glauben. Das sind die elenden Realien der deutschen Geschichte — viel, viel schlimmer als Versailles und alles, was zu ihm gehört — von denen jetzt das braune politische Monstrum profitiert! Im religiös-sittlichen Bezirk kommt also jetzt derselbe aufrüttelnde Ruf aus den freien Bergen der Schweiz an diejenigen, die noch nicht ganz in Deutschland verderbt sind, wie er erst dieser Tage im politischen und kulturellen Bezirk gleicher Weise aus dem Munde eines deutschen Schweizers, des ehemaligen Begründers der »Frontisten« erklang. Das ist kein Zufall! Das ist die Stimme des Gerichts über dieses Deutschland!

H. E.

Der Fahneneid der Generale



Das ist euer letzter Meineid!

Ausgewiesen

Auf dem Grenzbahnhof stieg er aus. Er meldete sich bei der Paßkontrolle. Der Beamte nahm Karls Paß an sich.

»Sie sind reichsverwiesen? Kommen Sie mit.«

Da wartete schon eine Familie, die auch aus Deutschland ausgewiesen war. Mann, Frau und zwei Kinder.

»Da — sehen Sie den Mann?« fragte der Beamte. Er deutete auf einen Dasitzenden, der ein Paket in Zeitungspapier neben sich liegen hatte. »Wie Ihr uns — so wir Euch! Der Mann da ist ein Reichsdeutscher, den die Tschechoslowakei ausweist, nur weil er mal »Heil Hitler!« gerufen hat.«

»Wenn ich im Dritten Reiche »Freiheit!« gerufen hätte, wäre es wohl mit der Ausweisung nicht abgegangen«, erwiderte Karl gefaßt.

»Und wenn Sie es hier rufen, kann Ihnen auch noch was passieren, verstanden!« sagte der Beamte schroff: »Nehmen Sie sich in acht! Sie sind noch nicht drüben!«

»Dann verkehren Sie bitte mit mir, wie es Ihnen Ihr Dienst vorschreibt, und erzählen

Sie mir keine Geschichten!« erwiderte Karl aufgebracht. »Sie amtieren doch hier auf tschechischem Boden, nicht?«

Der Beamte sah Karl wütend an.

»Wieviel Geld haben Sie bei sich? Legen Sie her, was Sie haben. Zehn Mark in Silber dürfen Sie mitnehmen — auch als Ausgewiesener. Wenn Sie mehr haben, sagen Sie es lieber jetzt. Sie werden gründlich durchsucht. Ich mache Sie darauf aufmerksam.«

Karl zählte sein Geld hin. Achtzig Kronen.

»Deutsches Geld haben Sie nicht?«

»Nein. Ich brauche kein deutsches Geld. Ich habe mir die zehn Mark schon drüben einwechseln lassen. Bitte — sehen Sie nach; es steht im Paß eingetragen.«

»Und mehr haben Sie nicht?«

»Bei einem Arbeiter werden Sie kein Vermögen finden«, sagte Karl ruhig.

»Ach was! Ihre Sache ist politisch. Sie können ja Parteigelder mit übernehmen.«

Karl lächelte. »Parteigelder? Die sind doch beschlagnahmt worden.«

»Seien Sie still. Danach habe ich Sie nicht gefragt.«

Die Koffer der Ausgewiesenen wurden durchsucht. Karl als Einzeller mußte bis zuletzt warten. »Das ist die Rache«, dachte er lächelnd, »weil ich ihm Bescheid gesagt habe.«

Ein zweiter Beamter forderte die Frau der Familie zum Mitkommen auf. Sie verschwand hinter einer Tür, hinter der man die Beamtin stehen sah, die die körperliche Durchsuchung der Frau vorzunehmen hatte.

Besorgt sah Karl den Mann an. Wenn er etwas mit hatte, so hatte er es möglicherweise seiner Frau oder den Kindern zugesteckt in der Meinung, daß man um diese sich weniger kümmern würde. Aber so schlaue, damit zu rechnen, waren sie hier auch.

Der Mann indessen erzählte leise, wie es ihm ergangen sei. Nur ihn hatte man ausgewiesen, die Familie nicht. Natürlich nahm er sie mit. Als er auf dem Ausländeramt wegen der Kosten des Möbeltransportes bis zur Grenze — von dort an übernahm sie, da die Familie völlig mittellos war, der tschechoslowakische Staat — nachgefragt hatte, hatte ihm der Beamte höhnisch geantwortet: »Was wollen Sie denn? Sie sind doch ausgewiesen

